



9. Europäischer Essaywettbewerb für Studentinnen und Studenten 2019

ausgerufen durch
Martin Kastler MdEP a.D., Bundesvorsitzender der Ackermann-Gemeinde,
und Dozent Dr. Matěj Spurný, Präsident der Bernard-Bolzano-Gesellschaft.

Thema: „30 Jahre nach 1989. Wie steht es um die Freiheit in Europa?“

2. Platz:

Vladimir Stošić

23 Jahre, Politikwissenschaft (Master of Arts), Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Sicherheit als Voraussetzung und Herausforderung der Freiheit in Europa

Kann ein Mangel an Sicherheit die Freiheit in Europa erodieren? Eine alarmistische Einstellung suggeriert ein glattes Ja. Die philosophische Grundsatzdebatte über das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit steht als Ganze nicht zur Beurteilung an, aber im Europa des Jubiläumsjahres 2019, in dem sich der Fall der Berliner Mauer zum 30. Mal jährt, wird kaum jemand bezweifeln können, dass die dortige Sicherheitslage Fakten geschaffen hat, die zu übersehen verheerend wären. Und dennoch: das Jahr 1989 und die im Spätherbst des Jahres stattgefundene historische Zäsur stehen in unmittelbarer Verbindung zur Freiheitsentwicklung und zur heutigen Sicherheitslage in Europa.

Das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit wird stets als eine Art Antagonismus, gar als Spannungsfeld aufgefasst. Sicherheit, so die zentrale These des Essays, gilt als Voraussetzung und als Herausforderung für Freiheit. Die Idealtypen von *absoluter Freiheit* und *absoluter Sicherheit* sind theoretischer Natur und können in der Realität nicht generiert werden. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass es eine „magische Balance“ zwischen Freiheit und Sicherheit in einem harmonischen Beziehungsgefüge in einer Art Gleichgewicht ebenfalls nicht geben kann. In der Geburtsstunde der Staats- und Rechtsphilosophie hat Thomas Hobbes (1588-1679) diesen Irrtum relativiert und die Sicherheit als Voraussetzung allen menschlichen Lebens verstanden. So kodifizierte Hobbes den grundlegenden Gedanken des Kontraktualismus in der vertraglichen Errichtung der Herrschaft. Die Aufgabe des Staates war

es, den „Krieg aller gegen alle“ zu unterbinden, um so die Sicherheit der Gesellschaft nach innen und außen garantieren zu können.

Das Jahr 1989 mit dem Fall der Berliner Mauer avancierte zum Symbol der Überwindung der deutschen Teilung sowie des Endes der Sowjetunion und des Kalten Krieges. In der Nachschau wird allerdings deutlich, dass der 21. November 1990 einen in der Relevanz weitaus wichtigeren Moment in der Nachkriegsgeschichte darstellt. Als im Monat nach der Wiedervereinigung Deutschlands in Paris die Staats- und Regierungschefs der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zusammentrafen, bildete die Unterzeichnung der Charta von Paris den Höhepunkt des Zusammentreffens. Alle 34 Mitgliedsstaaten - darunter auch die Sowjetunion - verpflichteten sich, die Demokratie als einzige Regierungsform ihrer Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken. Ein gegenseitiges Bekenntnis zur wechselseitigen Achtung der nationalen Souveränität und der territorialen Integration verstetigte den Beginn eines neuen Zeitalters in Europa. „Wenn es ein symbolisches Datum gibt“, so der renommierte Historiker Heinrich August Winkler, „das das Ende der Nachkriegsepoche für ganz Europa markiert, war es der 21. November 1990“¹. In der Tat schien die Weisheit einer im Multilateralismus verankerten Weltordnung so wirkmächtig, dass zu Beginn der 1990er Jahre der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama schon vor mehr als einem Vierteljahrhundert das Ende der Geschichte prophezeite: den endgültigen Sieg des westlichen Modells über die totalitären und autoritären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts.²

Etwas mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Krieges drängt sich uns Europäern eine Tatsache auf, die wir nicht mehr leugnen können: Auch wenn ihn manche nicht so nennen wollen, so findet auf europäischem Boden wieder ein Krieg statt. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim Seitens Russland im Jahre 2014 markiert einen Wendepunkt in der Geschichte der internationalen Ordnung nach 1989/1990. Auch heute noch werden Sicherheit und Sicherheitspolitik von der zwischenstaatlichen Perspektive aus betrachtet. Der Ukraine-Konflikt zeigt, dass dieses klassische Verständnis keinesfalls an Aktualität verloren hat. Von diesem Standpunkt aus ist die Ukraine-Krise für Deutschland – auch für Europa – das Sinnbild einer Rückkehr in die Normalität der Hobbesschen Welt des Krieges aller gegen alle, aus der sich Europa nach dem Ende des Kalten Krieges verabschiedet zu haben schien. Dabei wird ein Dilemma offengelegt; nach wie vor sind es insbesondere die traditionellen Großmächte und ihre Konflikte, die eine Determinante für die Sicherheit Europas und seiner Bürger darstellen.

Von besonderer Bedeutung für die europäische Sicherheitsordnung ist der Austritt der Vereinigten Staaten aus dem Intermediate Range Nuclear Forces (INF)-Vertrag am 02. Februar 2019. Als Reaktion auf Russlands Bruch des INF-Vertrages werden die Vereinigten Staaten das Abkommen verlassen. Damit entfällt ein zentraler Pfeiler europäischer Sicherheit. Gleichzeitig wächst Russlands Bedrohungspotenzial durch Mittelstreckenwaffen: die NATO wird in zwei Sicherheitszonen geteilt und sie verleihen Moskau Eskalationsdominanz.³

Es war die Sicherheit – kodifiziert in der Charta von Paris am 21. November 1990 – die die Freiheit auch nach Osteuropa gebracht hat. Mit ihr fand die „Liberalisierung“ der europäischen Sicherheitsordnung und des europäischen Sicherheitssystems mittels der Ausweitung von Regeln und Institutionen statt. Stellt sich die Frage nach der Freiheit in Europa seit 1989/1990, so muss die Sicherheit als Voraussetzung, genauer; als notwendige Bedingung aufgezeigt werden. Ein mögliches neues atomares Wettrüsten zwischen den Großmächten des

21. Jahrhunderts, zu denen neben den Vereinigten Staaten von Amerika und Russland auch die Volksrepublik China zählen kann, bedroht die Sicherheit in Europa. Auch wenn die Akteure der Vereinigten Staaten von Amerika und Russland rationale Akteure sind und eine gewollte oder bewusste Eskalation mit militärischen, gar nuklearen Folgen auszuschließen ist, stellt sich dennoch zwangsläufig die grundlegende Frage, an der sich die Bemessung der Freiheit im Europa des Jahres 2019 orientieren muss: Wie frei können die Europäer 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer sein, wenn die Totalität der Zerstörung als Fatalität aus ihrer überwunden geglaubten Vergangenheit in die Realität der Gegenwart zurückgekehrt zu sein scheint?

¹ Winkler, Heinrich August (2015): Was den Westen zusammenhält, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/heinrich-august-winkler-was-den-westen-zusammenhaelt-13815991.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0

² Bindenagel, James D. (2017): Sicherheitspolitische Verantwortung und Strategische Wissenschaft im 21. Jahrhundert, in: Ders./ Herdegen, Matthias/ Kaiser, Karl (Hrsg.): Internationale Sicherheit im 21. Jahrhundert. Deutschlands internationale Verantwortung, Bundeszentrale für politische Bildung, S.239-245, hier: S.245.

³ Brauß, Heinrich/ Mölling, Christian (2019): Abschreckung und Rüstungskontrolle, in: DGAPKompakt, Nr.01/Januar 2019.

Literatur:

Bindenagel, James D. (2017): Sicherheitspolitische Verantwortung und Strategische Wissenschaft im 21. Jahrhundert, in: Ders./ Herdegen, Matthias/ Kaiser, Karl (Hrsg.): Internationale Sicherheit im 21. Jahrhundert. Deutschlands internationale Verantwortung, Bundeszentrale für politische Bildung, S.239-245.

Brauß, Heinrich/ Mölling, Christian (2019): Abschreckung und Rüstungskontrolle, in: DGAPKompakt, Nr.01/Januar 2019.

Winkler, Heinrich August (2015): Was den Westen zusammenhält, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/heinrich-august-winkler-was-den-westen-zusammenhaelt-13815991.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0 [zuletzt aufgerufen am 15.02.2019].